

Michael Hudson über neoliberale Wirtschaftspolitik, Globalisierung, Schuldenkrise, Privatisierung und das Modell der sozialen Marktwirtschaft

Paul Natterer

2016

Professor Michael Hudson ist Distinguished Research Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri–Kansas City, Professor der Peking University sowie Präsident des Instituts für Langfristige Wirtschaftsentwicklung (*Institute for the Study of Long-term Economic Trends*, ISLET).

Hudson war bzw. ist darüber hinaus Finanzanalyst und Wirtschaftsberater an der Wall Street, bei der UNO und den Regierungen der USA, Kanadas, Mexikos, Russlands, Chinas, Islands, Lettlands.

Als Gründungsmitglied der *International Scholars Conference on Ancient Near Eastern Economies* (ISCANEE) zu den wirtschaftlichen Ursprüngen der modernen Zivilisation im Alten Orient und der Klassischen Antike und zur Entwicklung von Besitz und Immobilien, Geld-, Bank-, Kredit- und Zinswesen, Urbanisierung und Privatisierung seit der Bronzezeit leitete bzw. leitet er deren Konferenzen an der New York University, der Columbia University, dem Orientalischen Institut (St. Petersburg) und dem Britischen Museum (London) und ist Herausgeber der Kongressakten bei *Harvard University Press* u.a.

Darüber hinaus ist er Autor finanzwissenschaftlicher, in alle Welt Sprachen übersetzter Erfolgsbücher und Anlageberater von Investmentfonds: „Im Jahr 2006 [sagte er] in *Harper's Magazine* mit seinem Artikel ‚The New Road to Serfdom: An illustrated guide to the coming real estate collapse‘ als erster und einziger den genauen Zeitpunkt voraus, zu dem die amerikanische Immobilienblase platzen sollte. Die verheerenden Folgen für die gesamte Wirtschaft sah er ebenfalls kommen.“ (FAZ) Hudsons neuestes Buch *Killing the Host: How Financial Parasites and Debt Bondage Destroy the Global Economy*, ISLET 2015, ist eines der z. Zt. meistdiskutierten Bücher zur Volkswirtschaft in makroökonomischer Perspektive. Als gelungene Einführung und gute Zusammenfassung gilt das Interview von Eric Draitser mit Michael Hudson in *CounterPunch Radio* – Episode 19 vom 21.09.2015: *Rewriting Economic Thought*, das wir in Folge vorstellen. Nicht wenige halten Michael Hudson für einen der bedeutendsten Finanzwissenschaftler der Gegenwart von unbestrittener charakterlicher und professioneller Rechtschaffenheit. Der weltweit angesehene Fachkollege Paul Craig Roberts hält Hudson für den ernstzunehmendsten Wirtschaftsexperten überhaupt mit Anrecht auf den Nobelpreis.

Michael Hudson sieht im deutschen Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft das international überzeugendste und historisch bewährteste volkswirtschaftliche Modell, dessen überlegene Leistungsfähigkeit es gegenüber dem heute propagierten neoliberalistischen Kapitalismus stark zu machen gelte. Er hat seine diesbezüglichen Analysen der deutschen Fachwelt als Visiting Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, HWR / The Berlin

School of Economics and Law (BSEL) sowie in zwei Aufsatz- bzw. Kongresspublikationen auch direkt vorgestellt. Einmal unter dem Titel: Trends that can't go on forever, won't: Financial bubbles, trade and exchange rates. In: E. Hein / T. Niechoj / P. Spahn / A. Truger (eds.): *Finance-led Capitalism? Macroeconomic Effects of Changes in the Financial Sector* [= Schriftenreihe des Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik (FMM), Bd. 11], Marburg 2. Aufl. 2009, 249–272.

Ein zweiter Aufsatz ist: Powerful Lenders and Curtailed Democracies. In: B. Emunds / W.-G. Reichert (Hrsg.): *Den Geldschleier lüften! Perspektiven auf die monetäre Ordnung in der Krise* [= Die Wirtschaft der Gesellschaft, Bd. 1], Marburg 2013, 57–76. Es handelt sich um die Akten eines gleichlautenden Kongresses am 22./23. Juni 2012 an der Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main, veranstaltet von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Heidelberg und vom Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main. Am Rande: Namensgeber des Nell-Breuning-Instituts ist einer der einflussreichsten Nationalökonomien und Sozialphilosophen der Römischen Kirche des 20. Jh. und Vordenker der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), dessen Positionen sich in vielem mit den Analysen und Einsichten Hudsons überschneiden. Nell-Breuning entwarf als Berater Pius XI. maßgeblich die grundlegende Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* zur modernen Wirtschaftsordnung vom 15.05.1931, deren Hintergrund und Motivation – spekulativer Finanzkapitalismus und die von demselben ausgelöste Weltwirtschaftskrise 1929 – in den hier vorgestellten Texten zur gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und zum Finanzkapitalismus wiederkehren. Dasselbe gilt von Nell-Breunings *resp.* Pius XI. Analyse des seit dem 19. Jh. aufkommenden Turbo- und Zinskapitalismus als „von den ethischen Gesetzen losgelöste Wirtschaftslehre“ mit einer sich latent und akut fortpflanzenden „globalen Finanz- und Wirtschaftskrise“, die Reichtum und Macht in einer winzigen Schicht der Superreichen konzentriert und „nach Zahl und Größe seit der Frühgeschichte historisch beispiellose seelische und materielle Übel“ verursacht hat und verursacht (E. Marmy (Hrsg.): *Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente*, Freiburg/Schweiz, 1945, 501, 514). Das ist genauso Hudsons Analyse und Wertung. Wo der Staat in dieser Weise das „Zerstören der Gerechtigkeit“ zulässt oder selbst betreibt, handelt es sich, so bereits früher Leo XIII. in *Diuturnum illud* vom 29.06.1889, um eine „illegitime Herrschaft“ (Marmy a.a.O. 1945, 561). Auch der entgegengesetzte Kommunismus als Wirtschaftssystem und politisches System ist in dieser sozialetischen Perspektive ein Produkt der „materialistischen und atheistischen Propaganda“ der „Söhne der Finsternis“ und schlicht und einfach „Sklaverei“ und „Terrorismus“ (Pius XI.: Rundschreiben *Divini Redemptoris* zum Kommunismus vom 19.03.1937 (Marmy a.a.O. 1945, 145, 153). Allenfalls lässt, so derselbe Text, „die gemäßigtere Richtung im Sozialismus“ eine Annäherung ihrer „Propagandaforderungen an die Postulate einer christlichen Sozialreform“ erkennen. Hudson hat gegen sozialistische Wirtschaftsreformen zwar weniger starke politische oder weltanschauliche Reserven. Er lässt aber keinen Zweifel daran, dass er in der sozialen Marktwirtschaft das richtige und zur Geltung zu bringende Wirtschaftsmodell sieht, für das nicht zuletzt Nell-Breuning Pate steht – als ein dritter Weg zwischen der Skylla des unregulierten Kapitalismus und der Charybdis des totalitären Kommunismus. Dieses Wirtschaftsmodell geht von der Sozialbindung des Eigentums und der Gleichwertigkeit von Lohnarbeit und Kapital aus, lehnt feindlich gegenüberstehende Klassen und Klassenkampf ab und arbeitet stattdessen mit den drei bekannten Sozialprinzipien: (1) *Personalität*: Die menschliche Person mit ihrer Sozialnatur und transzendenten Würde ist Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen. (2) *Solidarität*: Das Gemeinwohl und damit die soziale Gerechtigkeit und Solidarität ist die Grundnorm allen Rechts und politischen Handelns. (3) *Subsidiarität*: Eigeninitiative und Eigenkompetenz der Individuen und untergeordneten Gemeinwesen dürfen nicht vom Staat aufgesaugt oder zerschlagen werden, sondern der gestufte Aufbau der sozialen Sphäre im Dienst der Person ist Bedingung von Autorität und Effizienz sozialer Organisation. Letzteres lässt auch Raum für berufsständische und genossenschaftliche Organisationsformen, die bekanntlich viele Jahrhunderte sehr erfolgreiche wirtschaftspolitische Akteure im Dienst des Gemeinwohls waren. Beide, Nell-Breuning wie besonders Hudson, bringen die soziale Marktwirtschaft dabei zuweilen auch in

die Nähe des Begriffs der Sozialdemokratie, im Sinne etwa des Godesberger Programms der SPD, hinter dem ebenfalls, neben anderen, Nell-Breunings Person bzw. Denken steht. Eine weitere und letzte Parallele zwischen den in Rede stehenden Standpunkten ist die Rolle des Staates, wo die Grundforderung Hudsons ist, dass der Staat die entscheidende wirtschaftspolitische und gemeinwohlorientierte Ordnungsmacht ist bzw. sein muss und diese Macht nicht an den Markt bzw. das Finanzkapital abgegeben werden darf. Dasselbe bei Nell-Breuning bzw. in der von ihm angedachten Sozialenzyklika: „Zwar ist die Wettbewerbsfreiheit innerhalb gewisser Grenzen ‚berechtigt und von zweifellosem Nutzen‘ [*Quadragesimo anno* Nr. 88], aber der Markt kann unmöglich das hinreichende regulative Prinzip der Wirtschaft sein; in der Tat führe er zu einer ‚Vermachtung der Wirtschaft‘: ‚Höhere und edlere Kräfte müssen es sein, die die wirtschaftliche Macht in strenge und weise Zucht nehmen: die soziale Gerechtigkeit und die soziale Liebe. Daher müssen die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen ganz und gar von dieser Gerechtigkeit durchwaltet sein; vor allem aber tut es not, dass sie zur gesellschaftspolitischen Auswirkung kommt, d.h. eine Rechts- und Gesellschaftsordnung herbeiführt, die der Wirtschaftsordnung ganz und gar das Gepräge gibt.‘ [ebd.]“ (A. Anzenbacher: *Christliche Sozialethik*, Paderborn / München / Wien / Zürich 1998, 147–148) Auch das Folgende könnte genauso aus Hudsons Texten in Folge stammen: „Der freie Wettbewerb [hat] zu seiner Selbstaufhebung geführt ..., deren Ergebnis eine wachsende *Vermachtung* der Wirtschaft ist. Diese Vermachtung führt zunehmend zur Entmachtung und ‚Erniedrigung der staatlichen Hoheit‘ und macht diese ‚zur willenlos gefesselten Sklavin selbstsüchtiger Interessen‘ (*Quadragesimo anno* 109).“ (Anzenbacher a.a.O. 1998, 148)

Neben den genannten fachwissenschaftlichen Stellungnahmen veröffentlichte Michael Hudson in stärker allgemeinverständlicher Perspektive in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* 2011–2013 eine vielbeachtete Aufklärungsserie zur Finanzkrise und Demokratie, die wir in Folge ebenfalls komprimiert wiedergeben. Vorausgegangen war ein von dem Feuilletonchef Nils Minkmar und dem Herausgeber Frank Schirrmacher moderiertes Gespräch zum selben Thema zwischen Sahra Wagenknecht und Michael Hudson in der FAZ vom 30.07.2012.

Wir halten Hudson für einen Experten, den man zur Kenntnis nehmen muss, namentlich in Verbindung mit seiner unleugbaren und nicht selbstverständlichen Rechtschaffenheit. Das heißt nicht, dass man immer alle Gesichtspunkte zu einer Frage bei ihm finden wird. So geht er mindestens in den hier vorgestellten Beiträgen nicht auf ein Kernproblem der Eurokrise ein, nämlich die ökonomisch kontraproduktive Etablierung fester Wechselkurse in der Eurozone zwischen völlig ungleichen Partnern hinsichtlich Wirtschaftskraft und Währung. Hier ist z.B. der langjährige tschechische Präsident Vaclav Klaus, ein ähnlich bedeutender Ökonom wie Hudson, näher am Problem: „Es ist absolut irrational, eine gemeinsame Währung für eine so grosse Zahl teilweise sehr heterogener Staaten einzuführen. Das ist ähnlich absurd, als wollte man [... jedem] dieselbe Hemdgrösse vorschreiben. Der Euro ist im Grunde nur eine extreme Version eines Systems von festen Wechselkursen. Ob es besser ist, feste oder flexible Wechselkurse zu haben, ist eine Debatte, die wir Ökonomen seit bald 200 Jahren führen. Bisher sind alle Systeme, welche die Wechselkurse fixierten, gescheitert.“ (V. Klaus: *Basler Zeitung online*, 29. April 2014).¹

Des weiteren ist sich Hudson m. E. nicht hinreichend bewusst, dass der von ihm so genannte und analysierte Finanzkrieg in Europa nicht nur die wirtschaftsschwächeren Staaten der Südschiene unter finanziellen Druck setzt, destabilisiert und entmachtet, sondern auch die bisher relativ stabilen und starken Wirtschaftsnationen Mittel- und Nordeuropas.

Als nicht besonders glücklich mag man auch ansehen, dass Hudson den Putsch in Chile 1973 gegen die sozialistische Regierung Allende und die unter General Pinochet erfolgende kapitalistische Restauration gelegentlich zur Illustrierung der in Rede stehenden Phänomene gebraucht. Denn unvoreingenommene Beobachter sind sich heute wohl einig, dass Chile

¹ Vgl. dazu auch das Folgende: „Die Einführung der europäischen gemeinsamen Währung hat [...] einen Wechselkurs gebracht, der zu weich für die Länder des europäischen Nordens ist, aber zu hart für den europäischen Süden. Sie hat die Türen für die unproduktive und unfreiwillige Umverteilung geöffnet (es geht nicht um eine authentische persönliche Solidarität, sondern um staatsorganisierte ‚fiscal transfers‘) [...] Die Eurozone der heutigen 19 Staaten ist ohne Zweifel keine ‚optimale Währungszone‘, wie sie die Volkswirtschaftslehre definiert. Ihr Entstehen war eine rein politische Entscheidung. Es musste Konsequenzen haben. Man kann nicht die Wirtschaft politisch diktieren. Das haben wir im Kommunismus erlebt.“ (V. Klaus: Rede vor dem *Management Center Innsbruck*, 06. März 2015)

aufgrund wechselseitig miteinander verquickter wirtschaftspolitischer Defizite in beiden Phasen und unter beiden Regierungen ein weniger geeignetes Anschauungsmodell ist.

Auf der anderen Seite wird man aber auch bei Hudson Argumente finden, die so anderswo nicht entwickelt oder beleuchtet werden wie etwa die relative Unschädlichkeit der staatlichen Monetarisierung von Schulden, also gezielte Geldschöpfung durch staatliche Zentralbanken, sofern sie von verantwortungsbewussten Regierungen befristet eingesetzt wird. Seine differenzierte Darstellung des Hintergrundes der Hyperinflation der Weimarer Republik ist hierzu besonders aufschlussreich.

Terminologisch mag vorab und *last but not least* der Hinweis nützlich sein, dass Hudson stark mit dem von Bruno Hilferding geprägten Begriff Finanzkapitalismus (*Finance Capitalism*) arbeitet, der die Entwicklung des Industriekapitals zu einem Wirtschaftssystem meint, das mehr von großen Finanzinstitutionen beherrscht wird als von Industriefirmen. Eng verwandt damit ist der von Hudson geprägte und inzwischen allgemein eingeführte Begriff einer *FIRE economy*. Dies ist eine dienstleistungsorientierte Wirtschaft, die sich v.a. auf die symbiotischen Bereiche bzw. Sektoren Finanz (Banken & Börsen) – Versicherungen – Immobilien (**F**inance – **I**nurance – **R**eal **E**state) stützt.

(I) Michael Hudson: Politik und Finanz. Was sind Schulden?

Die Weltgeschichte beweist: Interessen von Gläubigern sind nicht die der Demokratie. Bankenrettungen führen in die Oligarchie. Der Finanzsektor betreibt eine neue Art der Kriegsführung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.12.2011.

Wir fassen den Inhalt und Gedankengang des Beitrags in Form von Thesen zusammen, jeweils kommentiert durch Originalzitate aus dem Originaltext.

(1) *Zinskapitalismus und schuldenbasierter Klassenkampf wurden, ausgehend vom Nahen Osten, seit dem 7. Jh. v. C. zum wirtschaftlichen Hauptproblem Europas*

„Die Praxis des Verleihs gegen Zinsen breitete sich seit etwa 750 vor Christus auch nach Westen in den Mittelmeerraum hinein aus. Statt Familien die Möglichkeit zu geben, Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben zu überbrücken, wurden Schulden zum wichtigsten Instrument der Enteignung von Land und spalteten die Gemeinschaft in Gläubigeroligarchien und verschuldete Klienten [...]

Gläubigermacht und stabiles Wachstum gingen nur selten miteinander einher. Die meisten persönlichen Schulden bestanden in der Antike aus kleinen Darlehen an Menschen, die am Rande der Subsistenz lebten und nicht über die Runden kamen. Der Verlust von Land und Vermögen – wie auch der persönlichen Freiheit – zwang Schuldner in eine Knechtschaft, aus der sie sich nicht mehr befreien konnten. Im siebten Jahrhundert vor Christus erhoben sich ‚Tyrannen‘ (Volksführer) und überwältigten die Aristokratien in Korinth und anderen reichen griechischen Städten, wobei sie sich die Unterstützung des Volkes durch einen Schuldenerlass sicherten.“

(2) *Die Gründung der athenischen Demokratie erfolgte zur Beseitigung und Ächtung der zinskapitalistischen Schuldknechtschaft*

„Auf weniger tyrannische Weise gründete Solon 594 vor Christus die athenische Demokratie durch ein Verbot der Schuldknechtschaft. Doch erneut entstanden Oligarchien und riefen Rom zu Hilfe, als Spartas Könige Agis, Kleomenes und deren Nachfolger Nabis Ende des dritten vorchristlichen Jahrhunderts versuchten, die Schulden zu erlassen. Sie wurden getötet und ihre Anhänger aus der Stadt vertrieben. Es gehört seit der Antike zu den geschichtlichen Konstanten, dass die Interessen von Gläubigern in Widerspruch zu denen der Demokratie wie auch des Königtums gerieten, die in der Lage gewesen wären, der finanziellen Eroberung der Gesellschaft und einer nahezu autonomen Dynamik Grenzen zu setzen, welche den ökonomischen Überschuss in zinstragende Schuldtitel verwandelte.“

(3) Römische Geschichtsschreiber machen deregulierten Kapitalismus und unnachgiebigen Schuldendienst für den Untergang der Römischen Republik verantwortlich

„Als die Brüder Gracchus und deren Anhänger 133 vor Christus versuchten, das Kreditrecht zu reformieren, reagierte die herrschende Senatorenklasse mit Gewalt, tötete sie und eröffnete damit ein Jahrhundert der Bürgerkriege. Der unerbittlichste Schuldeneintreiber der Antike war Rom, dessen Gläubiger sich in Kleinasien, der reichsten Provinz des Reiches, wie eine Plage ausbreiteten. Es gab fast keinerlei Rechtssicherheit mehr, wenn Gläubiger aus Rom eintrafen. Von den führenden römischen Geschichtsschreibern führten Livius, Plutarch und Diodor bei der Behandlung des ein Jahrhundert währenden, von politischen Morden gekennzeichneten Bürgerkriegs den Untergang der Republik auf die Unnachgiebigkeit der Gläubiger zurück [...] Im zweiten nachchristlichen Jahrhundert befand sich bereits ein Viertel der Bevölkerung in Leibeigenschaft, im fünften Jahrhundert brach die römische Wirtschaft aufgrund von Geldmangel zusammen. Auf dem Lande kehrten die Menschen zur Subsistenzwirtschaft zurück.“

(4) Eine analoge Entwicklung zeigt die Finanzwirtschaft der Moderne im 19./20. Jahrhundert

„Während des Ersten Weltkriegs verdrängten die Vereinigten Staaten Großbritannien als größte Gläubigernation, und Ende des Zweiten Weltkriegs verfügten sie über achtzig Prozent der weltweiten Goldreserven. Amerikanische Diplomaten gestalteten IWF und Weltbank nach gläubigerorientierten Grundsätzen und nutzten sie zur Finanzierung von Handelsabhängigkeiten, hauptsächlich gegenüber den Vereinigten Staaten. Kredite zur Finanzierung von Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten wurden an ‚Bedingungen‘ geknüpft, die die Lenkung der Wirtschaft auf Klienteloligarchien und Militärdiktaturen verlagerte. Die demokratische Antwort auf die daraus resultierende Sparpolitik, die nur der Sicherung des weiteren Schuldendienstes diene, ging kaum über IWF-Ausschreitungen hinaus, bis Argentinien die Bedienung der Auslandsschulden einstellte.“

Eine ähnlich gläubigerorientierte Sparpolitik zwingen die EZB und die EU-Bürokratie heute den europäischen Staaten auf. Regierungen wurden veranlasst, die Banken zu retten, statt Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern. Die Verluste durch faule Kredite und Spekulationen werden vom Staat übernommen, während man die Staatsausgaben senkt und sogar Infrastruktur verkauft.“

(5) Gemeinwohlorientierte und effiziente Wirtschaftsplanung und Kreditschöpfung ist eine Kompetenz des starken Staates, nicht der Banken bzw. einer – politische Macht usurpierenden – Finanzoligarchie

„In jeder Wirtschaft gibt es Planung. Durch den Verzicht auf diese Regierungsaufgabe unter dem Schlagwort ‚freie Märkte‘ gerät die Planung in die Hände der Banken. Doch wie sich zeigt, ist das Planungsprivileg der Kreditschöpfung und Allokation noch stärker zentralisiert als das der gewählten Volksvertreter. Und, schlimmer noch, der finanzielle Zeitrahmen entspricht einer auf das Ausschlachten von Unternehmen ausgerichteten *Hit-and-run*-Strategie. Wenn die Banken allein auf ihre Gewinne achten, zerstören sie tendenziell die Wirtschaft. Am Ende wird der Überschuss von Zinsen und anderen Finanzierungskosten aufgezehrt, so dass nichts für neue Kapitalinvestitionen oder elementare Sozialausgaben bleibt [...] Deshalb geht die Übergabe der politischen Kontrolle an eine Gläubigerklasse nur selten mit Wirtschaftswachstum und steigendem Lebensstandard einher. Die Tendenz, dass die Schulden schneller steigen, als die Bevölkerung sie zu bezahlen vermag, ist eine Grundkonstante der gesamten Geschichte.“

(6) Die organisierte Bankenrettung für Spekulationsspiele und Betrügereien ist heute für den größten Teil der wachsenden Staatsverschuldung verantwortlich

„In neuerer Zeit haben Demokratien einen starken Staat gedrängt, Kapitaleinkünfte und Vermögen zu besteuern und Schulden bei Bedarf abzuschreiben. Das fällt am leichtesten, wenn der Staat selbst Geld- und Kreditschöpfung betreibt, und am schwersten, wenn die Banken ihre Gewinne in politische Macht ummünzen. Wenn man zulässt, dass die Banken sich selbst regulieren und ein Vetorecht gegenüber staatlichen Regulatoren erhalten, kommt es zu einer Verzerrung der Wirtschaft, die es den Gläubigern erlaubt, sich an Spekulationsspielen und offenkundigen Betrügereien zu beteiligen, wie sie das letzte Jahrzehnt geprägt haben. Unter diesen Umständen ist die Alternative zu staatlicher Planung und Regulierung des Finanzsektors ein Weg in die Schuldknechtschaft [...]

Der Finanzsektor hat inzwischen genügend Einfluss, um die Regierungen in solchen Notfällen davon überzeugen zu können, dass die Wirtschaft zusammenbrechen werde, falls man ‚die Banken nicht rettet‘. In der Praxis erlangen die Banken dadurch eine noch größere Macht über die Politik, und sie nutzen diesen Machtzuwachs, um die Wirtschaft noch weiter zu polarisieren. Hier handelt es sich um einen Konflikt zwischen nationaler Selbstbestimmung und den Interessen des Finanzsektors. Die Vorstellung, wonach eine unabhängige Zentralbank ‚das Kennzeichen der Demokratie‘ sei, ist eine euphemistische Umschreibung der Tatsache, dass man die wichtigste politische Entscheidung – die Geld- und Kreditschöpfung – dem Finanzsektor überlässt. Die organisierte Bankenrettung ist

heute für den größten Teil der wachsenden Staatsverschuldung verantwortlich. Diktiert wurde all das von Vertretern des Finanzsektors, die euphemistisch als Technokraten bezeichnet werden. Von Lobbyisten der Gläubiger designiert, sollen sie berechnen, wie viel Arbeitslosigkeit und Abschwung nötig sind, um einen Überschuss zu erzielen, mit dem sich die heute in den Büchern befindlichen Schulden bezahlen lassen. Das Absurde an dieser Berechnung ist die Tatsache, dass eine schrumpfende Wirtschaft – eine Schuldendeflation – die Schuldenlast noch unbezahlbarer macht [...]

Weder Banken noch staatliche Stellen (noch auch *Mainstream*-Akademiker) haben berechnet, wie viel die Wirtschaft realistisch zahlen kann – das heißt, ohne zu schrumpfen. Über ihre Medien und ihre *Thinktanks* haben sie den Menschen eingehämmert, am schnellsten könne man reich werden, indem man sich Geld leihe, um Immobilien, Aktien und Anleihen zu kaufen, die – aufgrund der kreditgetriebenen Inflation – im Preis steigen, wobei der Staat die im letzten Jahrhundert eingeführte progressive Besteuerung des Reichtums rückgängig machen müsse.

Schlicht und einfach gesagt: Das Ergebnis ist eine Ramsch-Ökonomie, deren Ziel es ist, staatliche Kontrolle unmöglich zu machen und die Planungsgewalt in die Hände der Hochfinanz zu legen, weil das angeblich effizienter sei als eine staatliche Regulierung. Es wird behauptet, staatliche Planung und Besteuerung seien ‚der Weg in die Knechtschaft‘, als wären ‚freie Märkte‘ unter der Kontrolle rücksichtslos agierender Banker nicht geplant, und zwar im Blick auf Sonderinteressen oligarchischer statt demokratischer Art. Der Staat soll eine Schuldenlast tragen, die nicht wie in früheren Zeiten aufgenommen wurde, um das Land im Krieg zu verteidigen, sondern um der reichsten Schicht des Landes durch eine Übertragung der Verluste auf die Steuerzahler Vorteile zu bescheren [...]

Neue Regierungen werden vielleicht auf demokratischem Wege dafür sorgen, dass Banken und Finanzsektor wieder der Wirtschaft dienen statt umgekehrt. Zumindest werden sie wohl versuchen, zu einer progressiven Besteuerung der Vermögen und Einkommen zurückzukehren und damit die fiskalische Last stärker auf Kapitaleinkünfte und Vermögen zu verlagern. Mit einer erneuten Regulierung des Bankwesens und der Schaffung eines öffentlichen Bankensektors knüpfte man an das sozialdemokratische Programm an, das vor einem Jahrhundert auf einem so guten Wege zu sein schien. Island und Argentinien sind die jüngsten Beispiele, doch man kann durchaus auch weiter zurück auf das 1931 verkündete Moratorium für die interalliierten Kriegsschulden und die deutschen Reparationszahlungen blicken. Hier ist ein fundamentales mathematisches und politisches Prinzip am Werk: Schulden, die nicht bezahlt werden können, sind keine.“

(II) Michael Hudson: Die Herrschaft der Finanzoligarchie. Der Krieg der Banken gegen das Volk

Es gibt einen Weg, wie der Euro gerettet werden kann: Man muss nur der Europäischen Zentralbank erlauben, das zu tun, wofür Notenbanken gegründet worden sind: Geld drucken. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.12.2011.

Wir fassen den Inhalt und Gedankengang des Beitrags wiederum in Form von Thesen zusammen, jeweils kommentiert durch Originalzitate aus dem Originaltext.

(1) Die westliche Finanzoligarchie errang per induzierter Verschuldung 1960–1990 die Herrschaft über die Dritte Welt, 1990–2010 über die Staaten des Ex-Ostblocks und seit 2010 über Staaten der EU

Das meistdiskutierte Beispiel induzierter Verschuldung ist Griechenland: „Das Problem ist, dass Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann. Die EZB verlangt den Verkauf von Staatsbesitz – Land, Wasser, Häfen – sowie eine Kürzung von Renten und anderen Sozialleistungen. Die ‚untersten 99 Prozent‘ sind verständlicherweise empört, wenn sie hören, dass die Spitzenverdiener 45 Milliarden Euro allein in Schweizer Banken geparkt haben sollen und damit weitgehend für das Haushaltsdefizit verantwortlich sind. Dass normale Steuerzahler für Steuerflüchtlinge geradestehen sollen – und für die allgemeine Nichtversteuerung von Vermögen seit den Zeiten der Militärjunta –, sorgt natürlich für Wut. Wenn die Troika aus EZB, Europäischer Union und IWF verkündet, dass die Bevölkerung aufkommen müsse für das, was die Reichen sich nehmen, stehlen, am Finanzamt vorbeischieben, so ist das keine politisch neutrale Haltung. Hier wird unfair erlangter Reichtum privilegiert [...]

Ein demokratisches Fiskalregime würde progressive Steuern auf Einkommen und Grundbesitz erheben und Steuerflucht ahnden. Seit dem 19. Jahrhundert haben demokratische Reformer versucht, Volkswirtschaften von Verschwendung, Korruption und Einkommen aus Vermögen zu befreien. Doch die ‚Troika‘ schreibt eine regressive Besteuerung vor, die nur durchzusetzen ist, wenn die Regierung in die Hände nicht gewählter ‚Technokraten‘ gelegt wird [...]

Die Bezeichnung ‚Technokraten‘ für die Administratoren einer derart undemokratischen Politik ist ein zynischer Euphemismus für Finanzlobbyisten oder Finanzbürokraten, die im Namen ihrer Auftraggeber als nützliche Idioten fungieren. Ihre Ideologie sieht den gleichen Sparkurs vor, der verschuldeten Staaten in der Dritten Welt zwischen den 1960ern und 1980ern vom Internationalen Währungsfonds aufgezwungen wurde. Diese Bürokraten sprachen von Stabilisierung der Zahlungsbilanz, öffneten zugleich den Markt und verkauften Exportbetriebe und Infrastruktur an

ausländische Gläubiger. Die Folge war, dass die betroffenen Länder sich bei ausländischen Banken und ihren einheimischen Oligarchen noch weiter verschuldeten.

Dieser Weg wird nunmehr den Sozialdemokratien im Euroraum vorgeschrieben. Die Löhne sollen gekürzt, der Lebensstandard soll verringert werden und die politische Macht auf Technokraten übergehen, die im Auftrag großer Banken und Finanzinstitutionen agieren. Der öffentliche Sektor soll privatisiert, der Arbeitsmarkt dereguliert, Leistungen der Sozial-, Renten- und Krankenversicherung sollen eingeschränkt werden [...]

Die Lösung eines jeden größeren sozialen Problems schafft – nicht immer unbeabsichtigt – oft noch größere Probleme. Aus Sicht des Finanzsektors besteht die ‚Lösung‘ der Eurokrise darin, die Errungenschaften der Reformer im letzten Jahrhundert (John Maynard Keynes sprach 1936 freundlich von der ‚Euthanasie des Rentiers‘) rückgängig zu machen. Das Bankensystem sollte der Wirtschaft dienen und nicht umgekehrt. Doch nun ist der Finanzsektor zu einer neuen Form der Kriegsführung angetreten – scheinbar weniger blutig, aber mit den gleichen Zielen wie bei den Wikingerfällen vor mehr als tausend Jahren [...]

Dass der wirtschaftliche Mehrwert in die Taschen der Banken fließen soll, stellt die traditionellen Wertvorstellungen der meisten Europäer auf den Kopf. Wer sich vorgenommen hat, Einsparungen durchzusetzen, Sozialleistungen zu kürzen, Staatseigentum zu privatisieren, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren, Löhne und Renten zu kürzen und Einschränkungen im Gesundheitswesen durchzusetzen, muss den Leuten sagen, dass es keine Alternative gibt. Die Wirtschaft, so heißt es, werde ohne profitablen Bankensektor (wie räuberisch auch immer) einbrechen, da Verluste der Banken bei faulen Krediten und Risikogeschäften das gesamte Finanzsystem zum Einsturz bringen. Da hilft keine staatliche Aufsicht, keine bessere Fiskalpolitik, man muss die Kontrolle vielmehr den Lobbyisten überlassen, damit die nicht mit ihren angehäuften finanziellen Forderungen im Regen stehen [...]

Die Banken wollen, dass der wirtschaftliche Mehrwert in Form von Zinsen ausgezahlt und nicht für die Anhebung des Lebensstandards verwendet wird, nicht für Staatsausgaben oder auch nur für Investitionen. Forschung und Entwicklung – das dauert viel zu lange. Die Finanzwelt denkt in kurzen Zeiträumen. Diese Sichtweise ist kontraproduktiv, wird aber als der Weisheit letzter Schluss ausgegeben. Die Alternative (staatliche Eingriffe in den ‚freien Markt‘ durch Regulierung und progressive Steuern) führe nur in die Knechtschaft.“

(2) Die Alternative zum neoliberalen Zins- oder Rentierskapitalismus ist die – Zinseinkünfte und Kapitalgewinne progressiv besteuernde – klassische politische Ökonomie der europäischen Zivilisation

„Natürlich gibt es eine Alternative. Es ist das, was die europäische Zivilisation – seit dem Mittelalter über die Aufklärung und die Hochzeit der klassischen politischen Ökonomie – zu schaffen bestrebt war: eine Wirtschaft ohne Einkommen aus Vermögen, frei von Sonderinteressen und Privilegien zur Erzielung von ‚Renten‘. In den Händen der Neoliberalen dagegen bietet der freie Markt einer steuerbegünstigten Rentiersklasse die Freiheit, Zinsen, Vermögen und Monopolpreise zu erzielen.“

(3) Privatisierung von staatlicher Infrastruktur ist ökonomisch kontraproduktiv

„Der Rentier betrachtet sein Verhalten als ‚Schaffung von Wohlstand‘. Wirtschaftsschulen lehren, wie Privatisierer Bankkredite und Anleihen aufnehmen und als Sicherheitsleistung die Einnahmen aus dem Verkauf von Infrastrukturangeboten bieten. Die Idee ist, diese Einkünfte als Zinsen an Banken und Investoren abzutreten und dann Gewinne zu erzielen, indem man die Gebühren für Straßen und Häfen, Wasser und Kanalisation und andere Dienstleistungen erhöht. Den Regierungen wird erklärt, dass es dem Land wirtschaftlich besser geht, wenn Leistungen der öffentlichen Hand eingeschränkt und Staatsunternehmen verkauft werden.

Nie war die Kluft zwischen angeblichem Ziel und tatsächlicher Wirkung größer. Die Steuerbefreiung von Zinseinkünften (und Kapitalgewinnen) verringert die Einnahmen des Staates und erhöht das Haushaltsdefizit. Und Privatisierung führt nicht zu mehr Preisstabilität (die angebliche Priorität der EZB), sondern zu Preiserhöhungen in der Infrastruktur, auf dem Wohnungsmarkt und bei anderen Lebenshaltungskosten und im Geschäftsleben, insofern Zinsen und andere Kosten – sowie deutlich höhere Managergehälter – umgelegt werden. Dass diese Praxis effizienter ist, kann man also nur als ideologische Schutzbehauptung bezeichnen.“

(4) Es besteht keine technische oder ökonomische Notwendigkeit, dass die europäischen Finanzmanager weite Teile der Bevölkerung unter Druck setzen

„Es besteht keine technische oder ökonomische Notwendigkeit, dass die europäischen Finanzmanager weite Teile der Bevölkerung unter Druck setzen. Aber es gibt erhebliche Gewinnchancen für die Banken, die Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der EZB erlangt haben. Seit den sechziger Jahren sind Haushaltskrisen eine gute Gelegenheit für Banken und Investoren, Kontrolle über die Fiskalpolitik zu erlangen – die Steuerlast wird auf die Arbeitnehmer abgewälzt, und die Sozialausgaben werden gekürzt, alles zum Vorteil ausländischer Investoren und der Finanzwirtschaft. Diese gewinnt durch Sparmaßnahmen, die den Lebensstandard verringern und Sozialausgaben einschränken. Eine Schuldenkrise ermöglicht es der lokalen Finanzelite und ausländischen Banken, den Rest der Gesellschaft zu verschulden, indem sie ihr Kreditprivileg nutzen, um sich Vermögen anzueignen und die Bevölkerung in Schuldenabhängigkeit zu bringen.“

(5) Eine Finanzoligarchie verdrängt – mittels massiver Attacken auf den Staat – demokratische Regierungen und stürzt ganze Bevölkerungen in unnötige Schuldenabhängigkeit

„Dieser Krieg, der in Europa inzwischen ausgetragen wird, hat nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen. Es besteht die Gefahr, dass die hoffnungsvolle Epoche der letzten fünfzig Jahre zu Ende geht und ein neues Zeitalter der Polarisierung beginnt, wenn eine Finanzoligarchie demokratische Regierungen verdrängt und ganze Bevölkerungen in Schuldenabhängigkeit stürzt. Damit diese verwegene Strategie Erfolg hat, müssen die politischen und legislativen Prozesse, die das verhindern könnten, aufgehoben werden. Politische Panik und Anarchie erzeugen ein Vakuum, in das Finanzhaie rasch eindringen und ihre eigenen Lösungen als alternativlos präsentieren, nicht zuletzt mit falschen Ansichten zur Wirtschaftsgeschichte – im Fall der EZB besonders der deutschen Geschichte [...]

Banken wollen ihr Privileg der Kreditvergabe nutzen, um an der Finanzierung staatlicher Defizite Geld zu verdienen. Sie haben also ein eigenes Interesse daran, die Option einer Monetarisierung des Haushaltsdefizits zu begrenzen. Zu diesem Zweck fahren Banken massive Attacken gegen Staatsausgaben und gegen den Staat überhaupt – der als Einziger die Macht hat, sie in die Schranken zu weisen oder alternative Finanzoptionen anzubieten, wie etwa die Postbanken in Japan, Russland und anderswo. Aus dieser Rivalität zwischen Geschäftsbanken und Staat rührt die unzutreffende Behauptung, die staatliche Kreditvergabe trage viel mehr zur Inflation bei als die der Geschäftsbanken.

Wie es tatsächlich aussieht, macht ein Vergleich zwischen der Finanzpolitik in Amerika, Großbritannien und Europa deutlich. Die US-Treasury ist mit Abstand der weltweit größte Schuldner; die größten Banken sind bei ihren Anlegern und anderen Geldinstituten weit höher verschuldet, als sie aus ihrem Portfolio von Darlehen, Investments und diversen Finanzgeschäften aufbringen können. Doch inmitten der globalen Finanzkrise legen institutionelle Investoren ihr Geld in US-Anleihen an, die inzwischen weniger als ein Prozent abwerfen. Dabei ist ein Viertel des Immobilienmarkts verschuldet, amerikanische Bundesstaaten und Städte stehen vor der Zahlungsunfähigkeit und müssen ihre Ausgaben kürzen. Große Unternehmen gehen bankrott, Betriebsrenten geraten immer weiter in Rückstand, und doch bleibt die amerikanische Wirtschaft ein Kapitalmagnet [...]

Die britische Wirtschaft ist ebenfalls ins Stolpern geraten, doch die Regierung muss nur zwei Prozent Zinsen zahlen, während in Europa teilweise mehr als sieben Prozent bezahlt werden müssen. Das liegt daran, dass diese Länder keine ‚staatliche Option‘ bei der Geldschöpfung haben. Im Unterschied zu Europa haben Amerika und Großbritannien Notenbanken, die Geld drucken können, um Zinsen zu bezahlen oder bestehende Schulden zu finanzieren. Niemand erwartet, dass diese beiden Staaten Staatsbesitz verkaufen müssen, um Geld aufzutreiben (auch wenn man sich diese Option offenhält). Wenn Treasury und Fed Geld schaffen können, dann folgt daraus, dass sie – solange die Verschuldung in Dollar beziffert wird – genug Schuldscheine drucken können, so dass Inhaber von US-Staatsanleihen nur Wechselkursrisiken eingehen [...]

Dagegen hat die Eurozone zwar eine Zentralbank, doch nach Artikel 123 des Vertrages von Lissabon darf die EZB nicht das tun, wofür Notenbanken eingerichtet wurden – Geld bereitzustellen, mit dem Haushaltsdefizite finanziert oder Schulden umgeschichtet werden können. Künftige Historiker werden es bemerkenswert finden, dass eine Überlegung hinter dieser Politik steht – zumindest eine Schutzbehauptung. Der Firnis ist aber so dünn, dass man unschwer erkennen kann, wie verzerrt sie ist: Die Kreditvergabe durch die Zentralbank gefährde die Preisstabilität. Nur Staatsausgaben gelten als inflationär, nicht private Kredite [...]

Die Regierung Clinton sorgte Ende der 1990er Jahre für einen ausgeglichenen Haushalt, und doch explodierte die *Bubble Economy*. Andererseits überschwemmten *Fed* und *Treasury* nach dem September 2008 den Markt mit 13 Billionen Dollar an Krediten und noch einmal 800 Milliarden Dollar im letzten Sommer nach dem ‚Quantitative Easing Program‘ der Notenbank. Aber Verbraucher- und Rohstoffpreise steigen nicht. Nicht einmal Immobilien- oder Aktienpreise ziehen an. Dass mehr Geld zu höheren Preisen führt, ist heute also nicht festzustellen.“

(6) Weimarer Hyperinflation: Realität und Zerrbild

„Noch bemerkenswerter ist das Zerrbild der deutschen Geschichte, das uns immer wieder präsentiert wird. Nach Auffassung von EZB-Beamten wäre es wegen des Hyperinflationsrisikos unverantwortlich, wenn eine Zentralbank dem Staat Geld leiht. Erinnerungen an die Inflation während der Weimarer Republik werden beschworen. Bei genauerem Hinsehen erweist sich das jedoch, um einen Terminus von Psychiatern zu verwenden, als ‚implantierte Erinnerung‘ – der Patient ist überzeugt, etwas Traumatisches erlebt zu haben, bildet sich das aber nur ein. Entscheidend ist nicht, dass sich der Staat damals Geld von der Zentralbank geliehen hat, um (genau wie heute) Sozialprogramme, Renten oder das Gesundheitswesen zu finanzieren. Vielmehr waren es die Reparationen, welche die Reichsbank veranlassten, die Devisenmärkte mit Reichsmark zu überschwemmen, um die Forderungen der Alliierten in Pfund Sterling, Francs und anderen Währungen bezahlen zu können. Die Hyperinflation war eine Konsequenz der Reparationsforderungen. Keine noch so hohe Steuer hätte diese Devisenbeträge aufbringen können [...]

In den dreißiger Jahren wurde das bald erkannt. John Maynard Keynes und andere analysierten die strukturell begrenzte Fähigkeit, Auslandsschulden aus dem laufenden Haushalt zurückzuzahlen. Von Salomon Flinks ‚The Reichsbank and Economic Germany‘ (1931) bis zu den Untersuchungen der Hyperinflation in Chile haben Ökonomen eine gemeinsame Ursache herausgefunden: Zuerst fällt der Wechselkurs. Dies führt zu einer Verteuerung der Importe und folglich des lokalen Preisniveaus. Um Käufe auf diesem höheren Niveau tätigen zu können, braucht man mehr Geld. Die Abfolge führt vom Zahlungsbilanzdefizit über Abwertung und Verteuerung der Importe zur Geldmenge, nicht umgekehrt [...]

Wenn der Euro kollabiert, dann deswegen, weil verschuldete Staaten der Eurozone Geld bezahlen müssen, das sie sich borgen müssen und nicht durch die Notenbank beschaffen können. Im Gegensatz zur amerikanischen und

britischen Zentralbank, die Geld drucken und das Land vor der Insolvenz bewahren können, hat die EZB diese Möglichkeit nicht – dafür sorgen die deutsche Verfassung und der Vertrag von Lissabon.

Also müssen sich die Staaten Geld von Geschäftsbanken leihen. Das bietet den Banken die Gelegenheit, eine Krise zu schaffen – einzelnen Staaten mit Rauswurf aus der Eurozone zu drohen, wenn sie nicht die Bedingungen des neuen Klassenkampfes der Banken gegen die Beschäftigten akzeptieren [...]

Was wir heute sehen, ist eine Art Krieg. Es handelt sich im Grunde um einen Finanzkrieg, aber die Ziele sind die gleichen wie bei militärischen Eroberungen – zuerst Land und Bodenschätze, dann die öffentliche Infrastruktur, deren Nutzung kostenpflichtig gemacht wird, und schließlich andere staatliche Unternehmen oder Vermögenswerte.“

(7) Privatisierung staatlichen Eigentums ist Instrument der Bereicherung der Hochfinanz und des Brechens von Widerstand in der arbeitenden Bevölkerung

„Dieser neue Finanzkrieg zwingt Regierungen, im Auftrag der Eroberer gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Das ist natürlich nicht neu. Zwischen den sechziger und achtziger Jahren mussten lateinamerikanische Diktaturen, afrikanische Militärregierungen und andere Oligarchien unter dem Druck von IWF und Weltbank massiv sparen. Irland und Griechenland, Spanien und Portugal erleben nun das gleiche Szenario. Die staatliche Politik wird in die Hände supranationaler Finanzagenturen gelegt, die im Auftrag der Banken agieren – und im Interesse der obersten Schicht der einheimischen Bevölkerung [...]

Wenn Schulden nicht zurückbezahlt oder umgeschichtet werden können, kommt die Zeit der Zwangsvollstreckung. Regierungen müssen mit dem Erlös aus Privatisierungen Gläubiger befriedigen. Privatisierung ist nicht nur ein Bereicherungsinstrument, es geht auch darum, Staatsbedienstete durch Arbeiter zu ersetzen, die gewerkschaftlich nicht organisiert, schlechter versichert sind und kaum Mitspracherecht haben. Der alte Klassenkampf ist also wieder da – mit einer finanziellen Schraube: In einer schrumpfenden Wirtschaft kann mit Hilfe von Schuldendeflation die Widerstandskraft der Beschäftigten gebrochen werden.

Außerdem können die Gläubiger Einfluss auf die Fiskalpolitik nehmen. Da das europäische Parlament keine Steuergesetze erlassen kann, geht die Fiskalpolitik an die EZB über. Und die EZB, als Vertreterin der Geschäftsbanken, scheint von Steuerprogression, wie sie im zwanzigsten Jahrhundert befürwortet wurde, nicht viel zu halten. Und wie amerikanische Finanzlobbyisten fordern, sollen staatliche Sozialleistungen von den Lohnabhängigen finanziert werden. Die Verlagerung der Steuerlast von Immobilien und Finanzen auf die Beschäftigten und die ‚reale‘ Wirtschaft wird, neben den Privatisierungsgewinnen, zusätzliche Steuergewinne versprechen [...]

Banken interessiert nur der kurzfristige Gewinn. Sie wissen, dass Steuern, die Grundbesitzer und Unternehmer nicht entrichten müssen, als Zinsen den Finanzinstituten zufließen dürften. Griechenland und andere Staaten sollen also für ihre Rettung bezahlen, indem sie die Sozialausgaben kürzen (nicht aber das Militärbudget, mit dem deutsche und französische Waffen gekauft werden), die Steuerlast den Beschäftigten und Betrieben aufbürden und, in Gestalt von höheren Kosten für noch nicht privatisierte staatliche Dienstleistungen, auch den Verbrauchern [...]

Die heutige Wirtschaftskrise ist eine Frage des politischen Willens und keine Notwendigkeit. Wie Präsident Obamas Stabschef Rahm Emanuel bemerkte: ‚Krisen sind viel zu gute Chancen, als dass man sie ungenutzt verstreichen lassen dürfte.‘ In solchen Fällen ist die naheliegende Erklärung meist, dass jemand ein besonderes Interesse an der Krise hat. Wirtschaftskrisen verstärken Arbeitslosigkeit, und die wiederum schwächt die Position der Beschäftigten. Die Hochfinanz reibt sich die Hände, während die arbeitende Bevölkerung auf Ersparnisse verzichten und Rentenkürzungen hinnehmen muss. Die Großen fressen die Kleinen.

Das ist es, was sich die Finanzbranche offenbar unter guter Wirtschaftsplanung vorstellt. Aber es ist noch schlimmer als ein Nullsummenspiel, bei dem der eine verliert, was der andere gewinnt. Die Volkswirtschaften werden insgesamt schrumpfen – es wird zu einer Polarisierung zwischen Gläubigern und Schuldnern kommen. Wirtschaftliche Demokratie wird der Finanzoligarchie weichen, die Entwicklung der letzten Jahrhunderte wird rückgängig gemacht.

Ist Europa tatsächlich bereit, diesen Weg zu gehen? Ist den Wählern klar, dass das Privileg der Geldschöpfung in die Hände der Banken gelegt wird, wenn Regierungen sich diese Option entreißen lassen? Viele Kommentatoren haben dieses anscheinend unausweichliche Szenario beschrieben. Selbst wenn Regierungen sich diese Option offenhalten, also Geld drucken, um das Haushaltsdefizit zu finanzieren, bleibt ein großes Problem: Die bestehende Verschuldung belastet die Wirtschaft. Banken und die sie stützenden Politiker sind nicht bereit, Schulden abzuschreiben.

(8) Staatliche Haftung und Schuldentrückzahlung für unseriöse Bankkredite des Kasinokapitalismus bedeutet praktisch Schuldendeflation, schrumpfende Wirtschaft und Deindustrialisierung

„Banken wollen nicht die Verantwortung für faule Kredite übernehmen. Das führt zu der Frage, was Politiker tun sollen, wenn Banken auf so unverantwortliche Weise Kredite zur Verfügung gestellt haben. Aber jemand muss Verluste akzeptieren – die Gesellschaft oder die Banken? Dieses Problem wollen Banken nicht lösen. Sie reichen es an die Regierungen weiter und fragen, wie ihnen von staatlicher Seite geholfen werden kann – auf Kosten der Steuerzahler. Irgendwie hält man an der Illusion fest, die Verschuldung könne gemanagt werden, wenn man sie den Steuerzahlern aufbürdet. Schuldendienst und Steuern sind aber Geschäftskosten, so dass jedes Land, das diesem

Vorschlag folgt, höhere Kosten hat und auf den globalen Märkten weniger konkurrenzfähig sein wird. Die Vorstellungen des Finanzsektors laufen auf eine Deindustrialisierung hinaus. ‚Schuldenrückzahlung‘ bedeutet praktisch Schuldendeflation und eine allgemein schrumpfende Wirtschaft [...]

So sieht der Geschäftsplan des Finanzsektors aus – aber die Fiskalpolitik und zentralisierte Planung in den Händen der Banken zu lassen ist das Gegenteil dessen, worum es in den letzten Jahrhunderten freier Marktwirtschaft gegangen ist. Das klassische Ziel war, möglichst wenig Schulden zu machen, Erträge aus Land und Bodenschätzen zu besteuern und Monopolpreise entsprechend den tatsächlichen Produktionskosten zu gestalten [...]

Wir müssen uns entscheiden. Wollen wir die letzten Jahrhunderte liberaler Ökonomie aufgeben und die Wirtschaftsplanung ausschließlich den Banken überlassen? Oder wird sich die Gesellschaft auf die klassischen Grundsätze der Wirtschaftsreformer des 20. Jahrhunderts besinnen und für eine sozialverträgliche Gestaltung der Finanzmärkte und für langfristiges Wachstum eintreten?“

(III) Michael Hudson: Schuldenkrise. Gute Bank, böse Bank

Warum kapitulieren die Staaten vor der Macht der Banken? Es gibt Beispiele genug in der Geschichte für eine Politik, bei der die Banken produktive Aufgaben hatten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.02.2012.

Wir fassen den Inhalt und Gedankengang des Beitrags wiederum in Form von Thesen zusammen, jeweils kommentiert durch Originalzitate aus dem Originaltext.

(1) Die entscheidende Frage ist, wer im Wirtschaftsleben das letzte Wort hat – der Staat oder der Finanzsektor

„Wenn es in der Schuldenkrise einen Silberstreif am Horizont gibt, dann ist es die Erkenntnis, dass es so mit den Banken nicht weitergehen kann. Uns bleibt gar nichts anderes übrig, als das System neu zu strukturieren. Die entscheidende Frage ist, wer im Wirtschaftsleben das letzte Wort hat – der Staat oder der Finanzsektor. Vor einem Jahrhundert wusste man noch, wie ein produktiver Bankensektor aussehen sollte. Doch davon haben wir uns weit entfernt.“

(2) Mit der Drohung, die Wirtschaft werde zusammenbrechen, wenn ihnen gesetzliche Beschränkungen auferlegt werden, nehmen die Banken den Staat in Haftung

„Um sich der Kontrolle des Staates zu entziehen, haben die Banken diesem vorgeworfen, den freien Markt zu verzerren. Sie wollen die Planung in die eigenen Hände nehmen. Das Problem ist, dass sie in kurzen, selbstzerstörerischen Zeiträumen denken und gern auf rücksichtslose Aktivitäten setzen, so dass Länder am Ende hoch verschuldet sind. Mit der Drohung, die Wirtschaft werde zusammenbrechen, wenn ihnen gesetzliche Beschränkungen auferlegt werden, nehmen die Banken den Staat in Haftung. Ohne noch mehr Rettungsschirme, Zentralbankkredite und staatliche Kreditgarantien werde die Wirtschaft Schaden nehmen. Muss der Staat vor der Macht der Banken kapitulieren?“

(3) Schlechte Schulden sind korrekterweise als Verluste für Banken und Anleger abzuschreiben und chronisch unseriöse Banken sind staatlicher Kontrolle zu unterstellen

„Früher wurden schlechte Schulden letztlich abgeschrieben. Das bedeutete Verluste für Banken und Anleger. Heute wird die Schuldenlast aufrechterhalten, das Finanzsystem bleibt unangetastet. Die Rettungsmaßnahmen, heißt es, sollen die Banken in die Lage versetzen, so viele Kredite zu geben, dass sich die Wirtschaft wieder erholt und das Land seine Schulden bezahlen kann.“

Die verschuldeten Staaten, so wird behauptet, könnten durch Kreditaufnahme zu Wachstum zurückkehren. Es ist aber rechnerisch unmöglich, bestehende Schulden ohne Sparmaßnahmen zu tragen, ohne Schuldendeflation und Depression. Seit dem Finanzcrash von 2008 sind Staaten die wichtigsten Anteilseigner der in Schwierigkeiten geratenen Banken. Anstatt die Gelegenheit zu ergreifen, diese Banken als öffentliche Dienstleister zu führen und die Kreditkartengebühren zu senken – oder die Kreditvergabe an Hasardeure zu beenden –, können diese Banken weiter Kasinokapitalismus praktizieren. Wir stehen also wieder vor der Frage, welche Rolle den Banken zukommt. Über dieses Problem wurde vor dem Ersten Weltkrieg ausführlich diskutiert – es ist heute dringlicher denn je.“

(4) Der disziplinierte, wissenschaftliche und sozialverträgliche Kapitalismus deutscher Ausprägung als Vorbild

„Im Bismarck'schen Deutschland fand langfristige Finanzierung ihren Ausdruck in der Reichsbank und anderen Industriebanken, im Sinne der ‚Dreifaltigkeit‘ von Banken, Industrie und staatlicher Planung. Die deutschen Banken machten aus der Not eine Tugend. Britische Banken, deren Mittel hauptsächlich aus Einlagen bestanden, lenkten Spar- und Geschäftsguthaben in die Handelsfinanzierung. Einheimische Firmen waren daher gezwungen, Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. In Deutschland jedoch ‚musste sich die Industrie wegen Kapitalmangels an die Banken wenden‘, schreibt der Finanzhistoriker George Edwards. Die deutschen Banken widmeten sich vor allem dem Investitionsgeschäft [...]

Die anfänglichen Erfolge im Ersten Weltkrieg wurden weithin als Ausdruck der Überlegenheit des deutschen Finanzsystems betrachtet und der Krieg als ein Kampf zwischen rivalisierenden Organisationsformen des Finanzwesens. Es ging nicht nur darum, wer die führende europäische Macht war, sondern welche Wirtschaftsform sich durchsetzen würde. Deutschland, schreibt Friedrich Naumann 1915, habe klarer als andere Nationen erkannt, dass die industrielle Entwicklung langfristige Finanzierung und staatliche Unterstützung benötige. Sein Buch ‚Mitteleuropa‘ inspirierte Professor H. S. Foxwell 1917 zu zwei bemerkenswerten Aufsätzen im ‚Economic Journal‘, in denen er sich auf Naumanns These bezog, dass der alte individualistische, englische Kapitalismus einer neuen ... Organisation Platz mache, dem disziplinierten, wissenschaftlichen Kapitalismus deutscher Ausprägung. Industrie, Banken und Staat beteiligten sich daran, der Erfolg der modernen deutschen Wirtschaft verdankte sich in erster Linie dem Finanzsektor. Deutsche Banken hatten Experten, die sich mit der Industrie beschäftigten [...]

Deutsche Banken bezahlten nur halb so viel Dividenden wie die britischen Banken, da sie Einkünfte als Kapitalreserven zurückbehielten und in Aktien ihrer Kunden investierten. Banken, die solche Firmen als Verbündete betrachteten und nicht bloß als Kunden, die möglichst rasch viel Profit abwerfen sollten, entsandten Vertreter in die Aufsichtsräte und unterstützten das Geschäft, indem sie den Staaten Kredite zur Verfügung stellten, sofern diese deutschen Unternehmer bei Investitionen herangezogen würden [...]

Nach dem Ersten Weltkrieg waren Sieger- wie Verliernationen mit Rüstungsschulden und Reparationszahlungen konfrontiert. Als Amerika bei seinen Verbündeten überraschenderweise die Tilgung ihrer Schulden für Waffenkäufe einforderte, kapitulierte England, getreu der alten Denkweise, dass Schulden zurückgezahlt werden müssen, ganz gleich, ob es überhaupt möglich ist. Die amerikanische Forderung brachte die Alliierten dazu, sich an Deutschland schadlos zu halten. Nie zuvor hatte es Zahlungsverpflichtungen in diesem Umfang gegeben. Dennoch war Deutschland bemüht, ihnen durch Besteuerung der Wirtschaft nachzukommen. Da Steuern in der nationalen Währung erhoben werden, musste die Reichsbank diese Gelder in Pfund Sterling und andere Währungen umtauschen. England, Frankreich und die übrigen Empfängerländer konnten nun ihre interalliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten begleichen [...]

Je mehr Reichsmark umgetauscht wurden, desto tiefer fiel der Kurs gegenüber dem Dollar und anderen Goldstandard-Währungen. Importe wurden für Deutschland also immer teurer. Grund für die Hyperinflation war der Kollaps des Wechselkurses, nicht die aufgeblähte Geldmenge, wie heute von Monetaristen gern behauptet wird. Vergeblich wies Keynes auf das Spezifische der deutschen Zahlungsbilanz hin, er forderte, die Gläubiger sollten angeben, in welchem Umfang sie deutsche Exportgüter kaufen wollten, und sagen, wie Reichsmark in ausländische Währung konvertiert werden könne, ohne dass der Wechselkurs einbricht und eine Preisinflation entsteht [...]

Dieser Logik folgte der Internationale Währungsfonds fünfzig Jahre später, als er von verschuldeten Entwicklungsländern verlangte, Exporterlöse für den Schuldendienst zu verwenden, Kapitalflucht zu ermöglichen und die Auslandsschulden vollständig zu tilgen. Dies ist die neoliberale Politik, die jetzt Griechenland, Irland und Italien harte Einschnitte abverlangt.“

(5) Staat und Zentralbank sollten auftragsgemäß handeln und auf der demokratischen Option der öffentlichen Kreditschöpfung bestehen

„Banklobbyisten erklären, die EZB werde eine Lohn- und Preisinflation in Gang setzen, wenn sie das tue, wofür Notenbanken gegründet wurden – nämlich Haushaltsdefizite zu finanzieren. Nun übernehmen Europas Geldinstitute diese Aufgabe und kassieren Zinsen für etwas, was Notenbanken auf ihren eigenen Computern generieren könnten. Aber warum entsteht weniger Inflation, wenn Haushaltsdefizite von Geschäftsbanken und nicht von Zentralbanken finanziert werden? Dank der Bankkredite, die seit den Achtzigern eine globale Finanzblase angeheizt haben, sind wir heute mit einer Verschuldung konfrontiert, die ebenso wenig finanzierbar ist wie in den Zwanzigern, als Deutschland seine Reparationsschulden nicht bezahlen konnte. Hätten staatliche Kredite auch zu einer solchen Inflation von Vermögenspreisen geführt? [...]

Nach Artikel 123 des Lissabon-Vertrags dürfen EZB und nationale Notenbanken den Regierungen keine Kredite zur Verfügung stellen. Aber genau dafür wurden Banken ursprünglich geschaffen – um Haushaltsdefizite zu finanzieren. Wenn Kreditschöpfung den Geschäftsbanken vorbehalten ist, können Staaten zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkrisen nicht auf ihre eigene Notenbank zurückgreifen. Inzwischen benötigen europäische Regierungen Kredite, um ihre defizitären Haushalte auszugleichen. Und die Banken wollen eine Zentralbank, die ihnen die faulen Kredite abnimmt.

Banker haben argumentiert, dass Staaten ehrliche Makler benötigen, um zu entscheiden, ob ein Kredit oder die öffentliche Haushaltspolitik verantwortlich ist. Inzwischen empfehlen sie verschuldeten Regierungen den Verkauf von Staatseigentum. Die Idee gründet auf dem Mythos, dass Privatisierung effizienter sei. Dabei fallen hier Zinsen, höhere Managergehälter, Aktienoptionen und andere Kosten an. Einsparungen werden vor allem durch die

Beschäftigung von Billigarbeitern erzielt. Davon profitieren Privatisierer, Banken und Anleiheninhaber, nicht aber die Öffentlichkeit. Und Banken fördern Deregulierung, in deren Folge die Preise steigen. Der Standort wird also teurer und weniger konkurrenzfähig – genau das Gegenteil dessen, was versprochen wurde [...]

Der Bankensektor hat sich so weit von der Finanzierung von Wirtschaftswachstum entfernt, dass er sich inzwischen auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Das ist das große Problem unserer Zeit. Verluste sollen von der Allgemeinheit getragen werden, eine Depression wird in Kauf genommen. Wir erleben Habgier und ein ausgesprochen unsoziales und aggressives Verhalten [...]

Europa muss sich entscheiden, welche Interessen Vorrang haben sollen – die der Banken oder die der Realwirtschaft. Die Geschichte liefert viele Beispiele dafür, wie gefährlich es ist, vor den Bankern zu kapitulieren, aber auch dafür, wie eine andere Politik aussehen könnte, in der die Banken eine produktivere Linie verfolgen. Die wesentlichen Fragen lauten: Haben die Banken ihre historisch sinnvolle Rolle ausgespielt oder können sie so umstrukturiert werden, dass die Finanzierung produktiver Kapitalinvestitionen Vorrang hat? Können staatliche Kredite günstiger sein und vor allem zielgerichteter eingesetzt werden? Wäre es nicht sinnvoller, die Wirtschaft durch einen Schuldenschnitt anzukurbeln, statt aggressiven Gläubigern immer mehr Geld in den Rachen zu werfen? [...]

Ob Banken oder Staaten siegreich aus der Krise hervorgehen werden, ist nicht absehbar. Die Interessen von Schuldern und Gläubigern stehen einander diametral gegenüber, derweil staatliche Planung auf die Banken und deren Verbündete übergeht. Um Macht und Einfluss zu behalten, ist es für sie am einfachsten, auf ihrem Kreditschöpfungsmonopol zu beharren und Einmischungsversuche der Zentralbank oder des öffentlichen Sektors abzublocken. Staat und Zentralbank sollten auftragsgemäß handeln und auf einer demokratischen Option der öffentlichen Kreditschöpfung bestehen.“

(IV) Interview von Eric Draitser mit Michael Hudson in *CounterPunch Radio* – Episode 19 vom 21.09.2015: Rewriting Economic Thought.

Vorstellung und Diskussion zu Hudsons neuestem Buch *Killing the Host: How Financial Parasites and Debt Bondage Destroy the Global Economy*, ISLET 2015

Wir fassen den Inhalt und Gedankengang des Beitrags wiederum in Form von Thesen zusammen, jeweils kommentiert durch Originalzitate aus dem Originaltext.

(1) Parasitäres Finanzkapital ist das ökonomische Problem Nr. 1

Draitser: „Parasitic finance capital is really what you’re writing about. You explain that it essentially survives by feeding off what we might call the real economy.“

(2) Biologische Parasiten übernehmen den Wirtsorganismus, indem sie Hirn und Nervensystem manipulieren: Sie werden als Teil des Organismus akzeptiert und zwar als der wichtigste

Hudson: „Biological parasitism is a ... metaphor for economics. The key is how a parasite takes over a host. It has enzymes that numb the host’s nervous system and brain. So if it stings or gets its claws into it, there’s a soporific anesthetic to block the host from realizing that it’s being taken over. Then the parasite sends enzymes into the brain. A parasite cannot take anything from the host unless it takes over the brain [...]: ‚A parasite’s toolkit includes behavior-modifying enzymes to make the host protect and nurture it. Financial intruders into a host economy use Junk Economics to rationalize rentier parasitism as if it makes a productive contribution, as if the tumor they create is part of the host’s own body, not an overgrowth living off the economy. A harmony of interests is depicted between finance and industry, Wall Street and Main Street, and even between creditors and debtors, monopolists and their customers.‘ (Zitat aus *Killing the Host*)²

² Hudson in den o.g. FAZ-Beiträgen: „Zum Arsenal eines Parasiten gehören verhaltensverändernde Enzyme, die den Wirt dazu bringen, dasselbe zu schützen und zu ernähren. Finanzielle Eindringlinge in eine Wirtsökonomie benutzen wirtschaftswissenschaftlichen Schwindel und Quatsch, um den Rentier-Parasitismus zu rationalisieren als ob er einen produktiven Beitrag leistete, als ob der Tumor, den sie erzeugen, Teil des eigenen Körpers des Wirtes wäre, nicht eine Wucherung, die die Wirtschaft aufzehrt. Es wird ein Gleichklang der Interessen zwischen Finanz und Industrie gezeichnet ... und sogar zwischen Gläubigern und Schuldnern, Monopolisten und ihren Kunden.“

(3) Das Gehirn der modernen Wirtschaft ist die Regierung, das Bildungswesen und das Wirtschaftssystem

„The brain in modern economies is the government, the educational system, and the way that governments and societies make their economic policy models to behave. In nature, the parasite makes the host think that the free rider, the parasite, is its baby, part of its body, to convince the host actually to protect the parasite over itself.“

(4) Der parasitäre Finanzsektor hat die Kontrolle der Wirtschaft übernommen, indem er deren Gehirn manipuliert hat: Er wird als wichtigster und unabdingbarster Teil der Wirtschaft akzeptiert, frei von rechtlicher Regulierung und mit Immunität gegenüber Strafverfolgung

„The financial sector has taken over the economy. Its lobbyists and academic advocates have persuaded governments and voters that they need to protect banks, and even need to bail them out when they become overly predatory and face collapse. Governments and politicians are persuaded to save banks instead of saving the economy, as if the economy can't function without banks being left in private hands to do whatever they want, free of serious regulation and even from prosecution when they commit fraud. This means saving creditors – the One Percent – not the indebted 99 Percent.“

(5) Alle Zivilisationen von der Bronzezeit bis zum 20. Jh. identifizierten das Finanzwesen alias Schulden als destabilisierende Kraft schlechthin für Wirtschaft und Gesellschaft

„It was not always this way. A century ago, two centuries ago, three centuries ago and all the way back to the Bronze Age, almost every society has realized that the great destabilizing force is finance – that is, debt. Debt grows exponentially, enabling creditors ultimately to foreclose on the assets of debtors. Creditors end up reducing societies to debt bondage, as when the Roman Empire ended in serfdom.“

(6) Wirtschaftswissenschaft ist seit dem späten 20. Jh. geprägt durch ideologische Realitätskontrolle mittels neoliberaler Zensur und Umschreibung der Geschichte

„Today's vocabulary is what Orwell would call DoubleThink. If you're going to call something anti-liberal and against what Adam Smith and John Stuart Mill and other classical economists described as free markets, you pretend to be neoliberal. The focus of Smith, Mill, Quesnay and the whole of 19th-century classical economics was to draw a distinction between productive and unproductive labor – that is, between people who earn wages and profits, and rentiers who, as Mill said, 'get rich in their sleep.' That is how he described landowners receiving groundrent. It also describes the financial sector receiving interest and 'capital' gains [...]

The first thing the neoliberal Chicago School did when they took over Chile was to close down every economics department in the country except the one they controlled [...] They started an assassination program of left wing professors, labor leaders and politicians, and imposed neoliberalism by gunpoint. Their idea is you cannot have anti-labor, deregulated 'free markets' stripping away social protections and benefits unless you have totalitarian control. You have to censor any idea that there's ever been an alternative, by rewriting economic history to deny the progressive tax and regulatory reforms that Smith, Mill, and other classical economists urged to free industrial capitalism from the surviving feudal privileges of landlords and predatory finance.“

(7) Neoliberale Wirtschaftspolitik entmacht Staaten und ihre Regierungen zugunsten einer winzigen unproduktiven, parasitären Finanzoligarchie („Die 1 %“)

„Neoliberals say they're against government, but what they're really against is democratic government. The kind of governments they support are pre-referendum Greece or post-coup Ukraine. As Germany's Wolfgang Schäuble said, 'democracy doesn't count.' Neoliberals want the kind of government that will create gains for the banks, not necessarily for the economy at large. Such governments basically are oligarchic. Once high finance takes over governments as a means of exploiting the 99 Percent, it's all for active government policy – for itself [...]

Aristotle talked about this more than 2,000 years ago. He said that democracy is the stage immediately proceeding oligarchy. All economies go through three stages repeating a cycle: from democracy into oligarchy, and then the oligarchs make themselves hereditary [...]

To put the concept of economic rent in perspective, I should point out when I went to get my PhD over a half a century ago, every university offering a graduate economics degree taught the history of economic thought. That has now been erased from the curriculum. People get mathematics instead, so they're unexposed to the concept of economic rent as unearned income. It's a concept that has been turned on its head by 'free market' ideologues who use 'rent seeking' mainly to characterize government bureaucrats taxing the private sector to enhance their authority – not free lunchers seeking to untax their unearned income.“

(8) Fokus der Finanzoligarchie inkl. der Weltbank ist die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und Ressourcen (Post, Bahn, Straßennetz, nationale Fluggesellschaften, Rundfunkanstalten, Wasserwirtschaft, Elektrizität, Schulen, Krankenhäuser, Polizei, Strafvollzug, Verteidigung, Grundbesitz und Bodenschätze) zu ihren Händen als Mittel maximaler Dauerrenditen

„European [countries] kept the most important natural monopolies in the public domain: the post office, the BBC and other state broadcasting companies, roads and basic transportation, as well as early national airlines. European governments prevented monopoly rent by providing basic infrastructure services at cost, or even at subsidized prices or freely in the case of roads. The guiding idea is for public infrastructure – which you should think of as a factor of production along with labor and capital – was to lower the cost of living and doing business.

But since Margaret Thatcher led Britain down the road to debt peonage and rent serfdom by privatizing this infrastructure, she and her emulators other countries turned them into tollbooth economies. The resulting economic rent takes the form of a rise in prices to cover interest, stock options, soaring executive salaries and underwriting fees. The economy ends up being turned into a collection of tollbooths instead of factories. So, you can think of rent as the ‚right‘ or special legal privilege to erect a tollbooth and say, ‚You can’t get television over your cable channel unless you pay us, and what we charge you is anything we can get from you.‘

This price doesn’t have any relation to what it costs to produce what they sell. Such extortionate pricing is now sponsored by U.S. diplomacy, the World Bank, and what’s called the Washington Consensus forcing governments to privatize the public domain and create such rent-extracting opportunities.

In Mexico, when they told it to be more ‚efficient‘ and privatize its telephone monopoly, the government sold it to Carlos Slim, who became one of the richest people in the world by making Mexico’s phones among the highest priced in the world. The government provided an opportunity for price gouging. Similar high-priced privatized phone systems plague the neoliberalized post-Soviet economies. Classical economists viewed this as a kind of theft [...]

If you look at the Forbes 100 or 500 lists of each nation’s richest people, most made their fortunes through insider dealing to obtain land, mineral rights or monopolies. If you look at American history, early real estate fortunes were made by insiders bribing the British Colonial governors. The railroad barrens bribed Congressmen and other public officials to let them privatize the railroads and rip off the country. Frank Norris’s *The Octopus* is a great novel about this, and many Hollywood movies describe the kind of real estate and banking rip-offs that made America what it is. The nation’s power elite basically begun as robber barons, as they did in England, France and other countries.

The difference, of course, is that in past centuries this was viewed as corrupt and a crime. Today, neoliberal economists recommend it as the way to raise ‚productivity‘ and make countries wealthier, as if it were not the road to neofeudal serfdom.“³

(9) Die Österreichische Schule der Nationalökonomie ist geschichtsfremd und neoliberal verzerrt

„The Austrians developed a picture of the economy without any positive role for government. It was as if money were created by producers and merchants bartering their output. This is a travesty of history. All ancient money was issued by temples or public mints so as to guarantee standards of purity and weight. You can read Biblical and Babylonian denunciation of merchants using false weights and measures so see why money had to be public. The major trading areas were agora spaces in front of temples, which kept the official weights and measures. And much exchange was between the community’s families and the public institutions [...]

The Austrians however above all „opposed governments creating their own money, e.g. as the United States did with its greenbacks in the Civil War. They wanted to privatize money creation in the hands of commercial banks, so that they could receive interest on their privilege of credit creation and also to determine the allocation of resources.

Today’s neoliberals follow this Austrian tradition of viewing government as a burden, instead of producing infrastructure free of rent extraction. As we just said in the previous discussion, the greatest fortunes of our time have come from privatizing the public domain. Obviously the government isn’t just deadweight. But it is becoming prey to the financial interests and the smashers and grabbers they have chosen to back.“

³ Vgl. das Interview von Amy Goodman mit M. Hudson in *Democracy Now*, 25.08.2015: „‘Casino Capitalism’: Economist Michael Hudson on What’s Behind the Stock Market’s Rollercoaster Ride‘. Hudson: „Both parties are basically run by Wall Street. The Democratic Party, ever since Bill Clinton, was run by Robert Rubin. And all of the secretaries of the treasury, the officials, have basically come from Goldman Sachs, especially Tim Geithner. One of the problems in Greece, by the way, was that Obama and Geithner, coming from the Rubin group, met at the Group of Eight meetings and told—were told, basically, Greece, ‚You have to pay, because the American banks have made so many big bets on Greek bonds that if Greece doesn’t repay‘—this is back in 2011—,then the American banks will go under, and if we go under, we’re going to pull Europe down.‘ So, the American banks basically—we’re talking about Wall Street investment firms. They don’t—they’re called investment bankers, but they don’t invest. They gamble. And we’re really much more in casino capitalism than finance capitalism. So you have Wall Street people basically running politics, whether they’re the actual politicians—Obama didn’t work on Wall Street, but he worked with the real estate families. No matter who the president is, they’re going to appoint Treasury heads and Fed, Federal Reserve, heads from Wall Street. Wall Street has a veto power on all the major Cabinet positions, and so, essentially, the economy is being run by the financial sector for the financial sector. That’s the problem with politics in America today.“

(10) Die Finanz ist die neue Art der Kriegführung per induzierter öffentlicher und privater Verschuldung und Vermögenseinziehung als Waffe zur Eroberung, Kontrolle und Ausbeutung der Länder

„If you treat debt as a weapon, the basic idea is that finance is the new mode of warfare. That’s one of my chapters in the book. In the past, in order to take over a country’s land and its public domain, its basic infrastructure and its mineral resources, you had to have a military invasion. But that’s very expensive. And politically, almost no modern democracy can afford a military invasion anymore.

So the objectives of the financial sector – of Wall Street, the City of London or Frankfurt in Germany – is to obtain the land. You can look at what’s happening in Greece. What its creditors, the IMF and European Central Bank (ECB) want are the Greek islands, and they want the gas rights in the Aegean Sea. They want whatever buildings and property there is, including the museums.

Matters are not so much different in the private sector. If you can get a company or individual into debt, you can strip away the assets they have when they can’t pay. A Hayek-style government would block society from protecting itself against such asset stripping. Defending ‚property rights‘ of creditors, such ‚free market‘ ideology deprives the rest of the economy – businesses, individuals and public agencies. It treats debt writedowns as the road to serfdom, not the road away from debt dependency [...]

My Harvard-based archaeological group has published a series of five books that I co-edited, most recently [Labor in the Ancient World](#). Creditors (often palace infrastructure managers or collectors) would get people into bondage. When new Bronze Age rulers started their first full year on the throne, it was customary to declare an amnesty to free bond servants and return them to their families, and annul personal debts as well as to return whatever lands were forfeited. So in the Bronze Age, debt serfdom and debt bondage was only temporary. The biblical Jubilee law was a literal translation of Babylonian practice that went back two thousand years [...]

In America, in colonial times, sharpies (especially from Britain) would lend farmers money that they knew the farmer couldn’t pay, then they would foreclose just before the crops came in. Right now you have corporate raiders, who are raiding whole companies by forcing them into debt, and then smashing and grabbing. You now have the IMF, European Central Bank and Washington Consensus taking over whole countries like Ukraine. The tactic is to purposely lend them the money that clearly cannot be repaid, and say, ‚Oh you cannot pay? Well, we’re not going to take a loss. We have a solution.‘ The solution is to sell off public enterprises, land and natural resources. In Greece’s case, 50 billion euros of its property, everything that it has in the public sector. The country is to be sold off to foreigners (including domestic oligarchs working out of their offshore accounts). Debt leverage is thus the way to achieve what it took armies to win in times past [...]

[David] Ricardo [1772–1823] testified before Parliament that there could be no debt-servicing problem. Any country, he said, could repay the debts automatically, because there is an automatic stabilization mechanism that enables every country to be able to pay. This is the theory that underlines Milton Friedman and the Chicago School of monetarism: the misleading idea that debt cannot be a problem.

That’s what’s taught now in international trade and financial textbooks. It’s false pleading. It draws a fictitious ‚What If‘ picture of the world. When criticized, the authors of these textbooks, like Paul Samuelson, say that it doesn’t matter whether economic theory is realistic or not. The judgment of whether an economic theory is scientific is simply whether it is internally consistent. So you have these fictitious economists given Nobel Prizes for promoting an inside out, upside down version of how the global economy actually works [...]

The formulas that they teach don’t have government in them. If you have a theory that everything is just an exchange, a trade, and that there isn’t any government, then you have a theory that has nothing to do with the real world. And if you assume that the environment remains constant instead of using economics to guide public and national policy, you’re using economics for the opposite of what the classical economists did. Adam Smith, Mill, Marx, Veblen – they all developed their economic theory to reform the world. The classical economists were reformers. They wanted to free society from the legacy of feudalism – to get rid of land rent, to take money creation and credit creation into the public domain. Whatever their views, whether they were right wingers or left wingers, whether they were Christian socialists, Ricardian socialists or Marxian socialists, all the capitalist theorists of the 19th century called themselves socialists, because they saw capitalism as evolving into socialism.“

(11) Die Essenz des Neoliberalismus ist, dass anstelle der Regierung die Banken, der Finanzsektor die Wirtschaft steuert und plant – nicht mit dem Ziel der Hebung des Lebensstandards oder der Vollbeschäftigung, sondern um zu zerschlagen und an sich zu reißen

„What you now have, since World War I, is a reaction against this, stripping away of the idea that governments have a productive role to play. If government is not the director and planner of the economy, then who is? It’s the financial sector. It’s Wall Street. So the essence of neoliberalism that you were mentioning before, is indeed a doctrine of central planning. It states that the central planning should be done by Wall Street, by the financial sector.

The problem is, what is the objective of central planning by Wall Street? It’s not to raise living standards, and it’s not to increase employment. It is to smash and grab. That is the society we’re in now.“

(12) Lettland als neoliberales Experiment und Vorzeigemodell: Pseudosanierung des schuldenfreien und fortschrittlichen Landes seitens westlicher Wirtschaftsberater und inländischer Oligarchen durch Privatisierung der Infrastruktur und Immobilien, gefolgt von der weltweit größten Immobilienblase, Überschuldung der wohnungssuchenden Bevölkerung bei westlichen Banken, Minimalbesteuerung parasitärer Immobilien- und Kapitalgewinne, Maximalbesteuerung und Absenken der Gehälter der arbeitenden Klasse, steigende Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, drastischer Bevölkerungsschwund durch Reduzierung der Eheschließungen und Geburten sowie Massenauswanderung

„Latvia is the disaster story of the last two decades. That’s why I took it as an object lesson [...] It was Jeff Sommers [US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und globalisierungskritischer Regierungsberater] who first brought me over to Latvia. I then became Director of Economic Research and Professor of Economics at the Riga Graduate School of Law [...]

When Latvia was given its independence when the Soviet Union broke up in 1991, a number of former Latvians had studied at George Washington University, and they brought neoliberalism over there – the most extreme grabitization and de-industrialization of any country I know. Latvians, Russians and other post-Soviet countries were under the impression that U.S. advisors would help them become modernized like the U.S. economy – with high living and consumption standards. But what they got was advice to emulate American experience. It got something just the opposite – how to enable foreign investors and bankers to carve it up, dismantle its industry and become a bizarre neoliberal experiment.

The Americans set the flat tax at an amazingly low 12 percent of income – and no significant property tax on real estate or capital gains. It was a financial and real estate dream, and created a classic housing and financial bubble.

Jeff and I visited the head of the tax authority, who told us that she was appointed because she had done her PhD dissertation on Latvia’s last land value assessment – which was in 1917. They hadn’t increased the assessments since then, because the Soviet economy didn’t have private land ownership and didn’t even have a concept of rent-of-location for planning purposes. (Neither did Russia.)

Latvia emerged from the Soviet Union without any debt, and also with a lot of real estate and a highly educated population. But its political insiders turned over most of the government enterprises to themselves. Latvia had been a computer center and also the money-laundering center of the Soviet leadership already in the late 1980s (largely as a byproduct of Russian oil exports through Ventspils), and Riga remains the money-laundering city for today’s Russia.

Privatizing housing and other property led to soaring real estate prices. But this bubble wasn’t financed by domestic banks. The Soviet Union didn’t have private banks, because the government had simply created the credit to fund the economy as needed. The main banks in a position to lend to Latvia were Swedish and other Scandinavian banks. They pounce on the lending opportunities to opened up by an entire nation whose real estate had almost no tax on it. The result was the biggest real estate bubble in the world, along with Russia’s. Latvians found that in order to buy housing of their own, they had to go deeply into debt. Assets were only given to insiders, not to the people [...]

A few years ago there was a reform movement in Latvia to stop the economic bleeding. Jeff and I brought over American property appraisers and economists. We visited the leading bank, regulatory agencies. Latvia was going broke because its population had to pay so much for real estate. And it was under foreign-exchange pressure because debt service on its mortgage loans was being paid to the Swedish and foreign banks. The bank regulator told us that her problem was that her agency’s clients are the banks, not the population. So the regulators thought of themselves as working for the banks, even though they were foreign-owned. She acknowledged that the banks were lending much more money than property actually was worth. But her regulatory agency had a solution: It was to have not only the buyer be obligated to pay the mortgage, but also the parents, uncles or aunts. Get the whole family involved, so that if the first signer couldn’t pay the cosigners would be obligated.

That is how Latvia stabilized its banking system. But it did so by destabilizing the economy. The result is that Latvia has lost 20 percent of its population over the past decade or so. For much the same reasons that Greece has lost 20 percent of its population, with Ireland in a similar condition. The Latvians have a joke ‚Will the last person who leaves in 2020 please turn off the lights at the airport.‘ [...]

The population is shrinking because the economy is being run by looters, domestic and foreign. I was shown an island in the middle of the Daugava river that runs to the middle of Latvia, and was sold for half a million dollars. Our appraisers said that it’s worth half a billion dollars, potentially. There are no plans to raise the property tax to recapture these gains for the country – so that it can lower its heaviest labor taxes in the world, nearly half each paycheck for income tax and “social security” spending so that finance and real estate won’t be taxed [...]

A few years ago, I was at the only meeting of INET (George Soros’s group) that I was invited to, and in the morning one of the lead talks was on how Latvia was a model that all countries could follow to balance the budget. Latvia has balanced the budget by cutting back public spending, reducing employment and lowering wage levels while indebting its population and forcing to immigrate. The neoliberal strategy is to balance by selling off whatever remains in the public domain. Soros funded a foundation there (like similar ones he started in other post-Soviet countries) to get a part of the loot.

These giveaways at insider prices have created a kleptocracy obviously loyal to neoliberal economics. I go into the details in my chapter. It’s hard to talk about it without losing my temper, so I’m trying to be reasonable but it’s a country that was destroyed and smashed. That was the U.S. neoliberal model alternative to post-Stalinism. It wasn’t a new American economy. It was a travesty.

The government could have taxed the land’s rental value rather than letting real estate valuation be pledged to pay banks – and foreign banks at that. It could have been a low-cost economy with high living standards, but neoliberals

turned in into a smash and grab exercise. They now call it an idea for other nations to follow. Hence, the U.S.-Soros strategy for the Ukraine.“

(13) Neoliberaler Freihandel und seine Instrumente wie der Internationale Währungsfonds sind reine Augenwischerei und gelten nur in eine Richtung

„In the trips that I’ve taken to Russia and China, they’re in a purely defensive mode. They’re wondering why America is forcing all this. Why is it destroying the Near East, creating a refugee problem and then telling Europe to clean up the mess it’s created? The question is why Europe is willing to keep doing this. Why is Europe part of NATO fighting in the Near East? When America tells Europe, ‚Let’s you and Russia fight over Ukraine,‘ that puts Europe in the first line of fire. Why would it have an interest in taking this risk, instead of trying to build a mutual economic relationship with Russia as seemed to be developing in the 19th century? [...]

It’s not only put the brakes on, it has created a new iron curtain. Two years ago, Greece was supposed to privatize 5 billion euros of its public domain. Half of this, 2.5 billion, was to be the sale of its gas pipeline. But the largest bidder was Gazprom, and America said, ‚No, you can’t accept the highest bidder if its Russian.‘ Same thing in Ukraine. It has just been smashed economically, and the U.S. says, ‚No Ukrainian or Russian can buy into the Ukrainian assets to be sold off. Only George Soros and his fellow Americans can buy into this.‘ This shows that the neoliberalism of free markets, of ‚let’s everybody pay the highest price,‘ is only patter talk. If the winner in the rigged market is not the United States, it sends in ISIS or Al Qaeda and the assassination teams, or backs the neo-Nazis as in Ukraine.

So, we’re in a New Cold War. Its first victims, apart from Southern Europe, will be the rest of Europe. You can imagine how this is just beginning to tear European politics apart, with Germany’s Die Linke and similar parties making a resurgence [...]

In 2001 the IMF made a big loan to Argentina [...] and it went bad after a year. So the IMF passed a rule, called the No More Argentinas rule, stating that the Fund was not going to participate in a loan where the government obviously can not pay.

A decade later came the Greek crisis of 2011. The staff found that Greece could not possibly pay a loan large enough to bail out the French, German and other creditors. So there has to be a debt write-down of the principal. The staff said that, and the IMF’s board members agreed. But its Managing Director, Strauss-Kahn wanted to run for the presidency of France, and most of the Greek bonds were held by French banks. French President Sarkozy said ‚Well you can’t win political office in France if you stiff the French banks.‘ And German Chancellor Merkel said that Greece had to pay the German banks. Then, to top matters, President Obama came over to the G-20 meetings and they said that the American banks had made such big default insurance contracts and casino gambles betting that Greece would pay, that if it didn’t, if the Europeans and IMF did not bail out Greece, then the American banks might go under. The implicit threat was that the U.S. would make sure that Europe’s financial system would be torn to pieces.

U.S. officials said that Wall Street had made so many gambles that if the French and German banks were not paid, they would turn to their Wall Street insurers. The Wall Street casino would go under, bringing Europe’s banking system down with it. This prompted the European Central Bank to say that it didn’t want the IMF to be a part of the Troika unless it agreed to take a subordinate role and to support the ECB bailout. It didn’t matter whether Greece later could pay or not. In that case, creditors would smash and grab. This led some of the IMF European staff to resign, most notably Susan Schadler, and later to act as whistle blowers to write up what happened.

The same thing happened again earlier this year in Greece. Lagarde said that the IMF doesn’t do debt reduction, but would give them a little longer to pay. Not a penny, not a euro will be written down, but the debt will be stretched out and perhaps the interest rate will be lowered – as long as Greece permits foreigners to grab its infrastructure, land and natural resources.

Then, a few weeks ago, you have the Ukraine crisis and the IMF is not allowed to make loans to countries that cannot pay. But now the whole purpose is to make loans to countries who can’t pay, so that creditors can turn around and demand that they pay by selling off their public domain – and implicitly, force their population to emigrate [...]

There is a ‚second violation of IMF rules. At least in the earlier Greek bailout, Strauss Kahn got around the ‚No More Argentinas‘ rule by having a new IMF policy that if a country is systemically important, the IMF can lend it the money even if it can’t pay, even though it’s not credit-worthy, if its default would cause a problem in the global financial system (meaning a loss by Wall Street or other bankers). But Ukraine is not systemically important. It’s part of the Russian system, not the western system. Most of its trade is with Russia [...]

When Lagarde made the IMF’s last Ukrainian loan, she said that she hoped its economy would stabilize instead of fighting more war in its eastern export region. The next day, President Poroshenko said that now that it had got the loan, it could go to war against the Donbass, the Russian speaking region. Some \$1.5 billion of the IMF loan was given to banks run by Kolomoisky, one of the kleptocrats who fields his own army. His banks send the IMF’s gift abroad to his own foreign banks, using his domestic Ukrainian money to pay his own army, allied with Ukrainian nationalists ... fighting against the Russian speakers. So in effect, the IMF is serving as an arm of the U.S. military and State Department, just as the World Bank has long been.

Russia had made much of its military hardware in Ukraine, including its liftoff engines for satellites. The West doesn’t want that to continue. What it wants for its own investors is Ukraine’s land, the gas rights in the Black Sea, electric and other public utilities, because these are the major tollbooths to extract economic rent from the economy. Basically, US/NATO ‚strategists want to make sure, by destroying Ukraine’s eastern export industry, that Ukraine

will be chronically bankrupt and will have to settle its balance-of-payments deficit by selling off its private domain to American, German and other foreign buyers.“⁴

(14) Die Gewinne aller großen Konzerne wurden 2014 fast ausschließlich zum Aufkauf der eigenen Aktien und für Dividendenzahlungen verwendet, um deren Kurs und damit die Managergehälter und Boni künstlich in die Höhe zu treiben und mit den überbewerteten Aktien Pensionsfonds anzulocken und zu übervorteilen

„Last year, 92 % of the earnings of the Fortune 100 companies were used for stock buy-backs – corporations buying back their stock to support its price – or for dividend payouts, also to increase the stock’s price (and thus management bonuses and stock options). The purpose of running a company in today’s financialized world is to increase the price of the stock, not to expand the business. And who do they sell the stock to? Essentially, pension funds. The basic idea is that when Wall Street plays finance, the casino wins. When employees and pension funds play the financial game, they lose and the casino wins.“

⁴ Vgl. Hudson: The Commanding Heights. Interview vom 17.02.2016 mit Bonny Faulkner von *Guns and Butter. The Economics of Politics* zum Thema ‚The New Global Financial Cold War‘ mit Bezug auf Hudsons Artikel *The IMF Changes Its Rules to Isolate China and Russia*.

Bonnie Faulkner: „You mentioned four of its own rules that the IMF broke in making loans to Ukraine. I’m wondering if you wouldn’t mind just very briefly stating what these four broken rules are, so that people can get their heads around why this is such a sea-change.“

Michael Hudson: „One rule is not to lend to a country that has no visible means of paying back the loan. That’s the “No More Argentinas” rule. It already was broken with the Greek loan, with Strauss-Kahn introduced the “systemic risk” loophole to protect banks. The *second* rule is not to lend to a country that repudiates its debt to official creditors, meaning a country won’t pay what it owes to another government. That rule made the IMF an enforcer for the creditor cartel. But it is now only an enforcer on behalf of U.S.-favored creditors. The *third* rule is not to lend to a country at war. Ukraine’s at war, in a civil war with the East. But Donbas is backed by Russia, so that’s OK now. The *fourth* rule is not to lend to a country that is not going to impose the IMF austerity conditionalities, which make countries so poor that they end up bankrupt and have to sell off their natural resources and other assets. Ukraine’s post-coup government hardly can follow IMF conditionalities without being voted out of office, but in the meantime they can sell land and gas rights to Soros and Monsanto, so that’s OK.

These four rules are now broken [...] The IMF and the World Bank were part of the [international] enforcement system and now they’re saying: ‘We’re not going to be part of that anymore. We’re only working for the U.S. State Department and Pentagon. If the Pentagon tells the IMF it’s okay that a country doesn’t have to pay Russia or China, then now they don’t have to pay, as far as the IMF is concerned.’ That breaks up the global order that was created after World War II. The world is being split into two halves: the U.S. dollar orbit, and countries that the U.S. cannot control and whose officials are not on the U.S. payroll, so to speak.“

Bonnie Faulkner: „You describe this as a ‚tectonic, geopolitical shift that will be fought with all the power of an American Century inquisition.‘ What do you mean by inquisition?“

Michael Hudson: „Dirty tricks. President Obama has said that we’re not going to invade another country, because no country’s really able to mobilize enough troops without creating a domestic economic and political crisis. His alternative is targeted assassination. That’s what the United States has long done, in Chile under Nixon/Kissinger and Guatemala and Nicaragua under Reagan.

Or most simply, you bribe other governments to get them to promote people in foreign countries who work for the United States. You want to make sure, in England, for instance, that someone like Tony Blair becomes prime minister, who will do whatever he’s told by the U.S. You want to make sure that if a country tries to be independent, like Chile did, you come in and kill the president. If you have countries that want land reform, you start Operation Condor and kill 10,000 professors, land reformers and union leaders. Essentially, it’s a terrorist policy. Finally, you use ISIS and al-Nusra as an American Foreign Legion and send them into whatever country you want to smash and grab.